

DGB

INFO-BRIEF N° 2
APRIL 2005

FRAU GEHT VOR



**RISIKEN UND
DISKRIMINIERUNGEN
BLEIBEN**

DER ARMUTS- UND REICHTUMSBERICHT 2005



KURZ UND WICHTIG	2
SCHWERPUNKT:	
RISIKEN UND DISKRIMINIERUNGEN BLEIBEN. DER ARMUTS- UND REICHTUMSBERICHT 2005	
• Für Frauen hat sich nichts getan: Verteilungsgerechtigkeit nach vier Jahren Rotgrün	5
• Abstand besteht nach wie vor: Viele Armutsrisiken von Frauen treten erst im Alter auf	6
• Karriere in Ostdeutschland: Erst Führungskraft, dann ABM, dann Alg II	8
• Fordern, fördern, aktivieren: Größeres Humankapital als Ziel von Sozialpolitik	9
• Lieber reich und gesund: Armut macht krank und Krankheit arm	11
• Auskommen mit dem Einkommen: Erwerbsarbeit als Sicherung gegen Armut? Schön wär's!	13
• Armut nach Maß: Frauen mit Minijob arbeiten sich arm	15
• Alltag geregelt für 1,50 Euro: Junge Chemnitzerinnen suchen Einstieg in den Beruf	16
• Viel Geld für die Liebe: Schulden für andere – ein Frauen-Phänomen	17
• Reichtum ist Männersache: Je höher das Einkommen, desto größer das Gefälle	18
WAS FRAU LIEST	19

VERSCHLECHTERUNGEN AM ADG STOSSEN AUF KRITIK

Die rotgrüne Koalition hat mit einigen der geplanten 40 Änderungen den Entwurf für ein Antidiskriminierungsgesetz (ADG) „verschlimmbessert“. Die betriebliche Altersvorsorge soll nun nicht unter den Schutz des ADG fallen. Dies widerspricht der Gleichbehandlungsrichtlinie, die mit dem ADG ja gerade umgesetzt werden soll und die auf die Entgeltgleichheitsrichtlinie (75/117 EG) Bezug nimmt. Wenn Frauen durch eine Regelung mittelbar diskriminiert werden, etwa bei der Entgeltgleichheit, und dies gerichtlich festgestellt wird, dann gilt bislang automatisch die diskriminierungsfreie allgemeine Regelung. Künftig soll nur gelten, was Vertragspartner vereinbart hätten, wenn sie die Unwirksamkeit der diskriminierenden Regelung gekannt hätten.

Nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch dürfen Männer und Frauen bisher nur ungleich behandelt werden, wenn ein Geschlecht „unverzichtbare Voraussetzung“ für eine Tätigkeit ist. Diese Norm soll aufgeweicht werden. Das würde nationales Recht verschlechtern, was bei der Umsetzung einer EU-Richtlinie nicht rechtens ist. Außerdem soll der Schadenersatz wegen Diskriminierung bei der Einstellung auf drei Monatsgehälter begrenzt werden.

Die DGB-Frauen wollen nun auf die Diskussion in den Koalitionsfraktionen und in der Parlamentsausschüssen Einfluss nehmen. Der DGB hat eine Unterschriftenaktion gestartet. Eine Unterschriftenliste liegt dieser „Frau geht vor“ bei.

WEITERE INFOS: WWW.DGB.DE



BLOCKADE ZU LASTEN KLEINER KINDER

SPD-Chef Franz Müntefering fordert von den Kommunen, das durch Hartz IV eingesparte Geld zu investieren. Der Bund garantiert den Städten und Gemeinden 2,5 Milliarden Euro Einsparungen. Mit 1,5 Milliarden sollen sie die Betreuung für Krippekinder ausbauen. Doch das passiert nicht. Zwar erhalten 90 Prozent der vormals von den Kommunen unterstützten SozialhilfeempfängerInnen nun Arbeitslosengeld II vom Bund. Die Kommunen zahlen nur die Unterkunft und erhalten dafür einen Bundeszuschuss von 29,1 Prozent. Dennoch geht Dortmunds OB und Städtetags-Präsidentin Gerhard Längemeyer (SPD) davon aus, „aus Hartz IV plus minus Null herauszukommen“. Für schnelle Investitionen verlangt er einen höheren Unterkunftszuschuss. Die Länder verstärken die Blockade. Sie sparen ihren Wohngeldanteil für die vormaligen SozialhilfeempfängerInnen und sollen diesen Betrag an die Kommunen weiterreichen. Das passiert nach einer Umfrage des Städtetags NRW zwar, jedoch werde an anderer Stelle mindestens im gleichen Umfang gekürzt.

EU-INSTITUT FÜR GLEICHSTELLUNGSFRAGEN

Eine höhere Erwerbsquote und Bildungsbeteiligung der Frauen aber ein geschlechtsspezifisches Entgeltgefälle von unverändert 15 Prozent ist im EU-Gleichstellungsbericht 2005 dokumentiert. Nach wie vor haben viele Frauen Probleme, Kinder und Beruf unter einen Hut zu bekommen. Die Erwerbsquote von Müttern ist niedriger als die von kinderlosen Frauen. Der Mangel an erschwinglichen

Betreuungsangeboten gilt als Hauptursache. Geringere Erwerbsbeteiligung hat niedrigere Rentenansprüche zur Folge. Ältere Frauen tragen daher ein höheres Armutsrisiko als ältere Männer.

Um die Gleichstellung zu fördern, möchte die Kommission ein EU-weites Institut für Gleichstellungsfragen einrichten. Das hat der zuständige Kommissar Vladimir Spidla angekündigt. Es soll 2007 arbeitsfähig sein und 52,5 Millionen Euro für den Zeitraum bis 2013 erhalten.

**DER EU-GLEICHSTELLUNGSBERICHT IM INTERNET:
[HTTP://EUROPA.EU.INT](http://europa.eu.int), PFAD: KOMMISSION,
BESCHÄFTIGUNG & SOZIALES, GLEICHSTELLUNG
ZWISCHEN DEN GESCHLECHTERN**

HART(Z) FÜR FRAUEN...

... So heißt eine neue Broschüre der Abteilung Gleichstellungs- und Frauenpolitik beim DGB-Bundesvorstand. Sie erläutert alle wichtigen Aspekte aller vier Hartz-Gesetze. Die Gliederung orientiert sich an der Situation der betroffenen Frauen: Was tun wenn der Alg II-Antrag abgelehnt wird? Eingliederungsvereinbarung – ja oder nein? Macht es Sinn, sich bei der Arbeitsagentur zu melden, wenn frau keine Leistungen erhält? Was tun nach Trennung, Scheidung oder Flucht ins Frauenhaus? Weitere Themen sind Wiedereinstieg nach der Familienzeit, Minijobs, die Situation allein Erziehender und Schwangerer sowie Existenzgründung.

**EINZELEXEMPLARE GIBT ES KOSTENLOS GEGEN
EINEN AUSREICHEND FRANKIERTEN UND
ADRESSIERTEN DIN A5-RÜCKUMSCHLAG BEIM
DGB-BUNDESVORSTAND, ABT. GLEICHSTELLUNGS-
UND FRAUENPOLITIK, POSTFACH 11 03 72,
10833 BERLIN.**

WEBTIPPS

**EINEN LOTSEN DURCH DIE VIELZAHL
STAATLICHER HILFEN FÜR FAMILIEN HAT
DAS BUNDESFAMILIENMINISTERIUM INS
INTERNET GESTELLT. ANGEBOTE UND
LEISTUNGEN SIND NACH INSTITUTIONEN
GEGLIEDERT UND SPEZIELL FÜR EINZELNE
ZIELGRUPPEN AUFBEREITET, ETWA FÜR
WERDENDE ELTERN ODER FÜR ALLEIN
ERZIEHENDE. DEN LOTSEN GIBT ES AUCH
GEDRUCKT.**

**[WWW.STAATLICHE-HILFEN.DE](http://www.staatliche-hilfen.de);
BESTELLUNG BEI DER BROSCHEURNSTELLE
DES FAMILIENMINISTERIUMS ZUM
ORTSTARIF: 01801 907050**

**INFORMATIONEN RUND UM DIE THEMEN
BERUFSTART, KARRIEREPLANUNG, VER-
EINBARKEIT VON BERUF UND FAMILIE
SOWIE EXISTENZGRÜNDUNG BIETET EIN
NEUES INTERNET-PORTAL DES FRAUEN-
MINISTERIUMS**

[WWW.FRAUENMACHENKARRIERE.DE](http://www.frauenmachenkarriere.de)



DOCH NOCH UNMITTELBARE ENTGELTDISKRIMINIERUNG?

Bisher werden Entgeltunterschiede zwischen Männern und Frauen auf die geschlechtsspezifische Segregation am Arbeitsmarkt, auf geschlechtshierarchische Arbeitsbewertung, unterschiedliche Bildung und unterschiedliche Karrierechancen zurückgeführt. Nach einer neuen Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg erhalten Frauen aber auch im gleichen Beruf und Betrieb, also in der gleichen „Job-Zelle“, weniger Entgelt als Männer: Durchschnittlich zwölf Prozent bei gleicher Ausbildung und gleicher Berufserfahrung.

THOMAS HINZ; HERMANN GARTNER:
LOHNUNTERSCHIEDE ZWISCHEN FRAUEN UND MÄNNERN IN BRANCHEN, BERUFEN UND BETRIEBEN. IAB DISCUSSION PAPER Nr. 4/2005.
WWW.IAB.DE, PFAD: PUBLIKATIONEN, VERÖFFENTLICHUNGSREIHEN, IAB DISCUSSION PAPER.

IT-AUSBILDUNG GANZHEITLICH UND GENDER-GERECHT

Aufgeschlossene Grundhaltung bei den Auszubildenden, geringe Sensibilität für Geschlechterstereotypen bei den Azubis, so lautet ein Resümee des Modellprojekts „IT-Kompetenz und Gender Mainstreaming in der Aus- und Weiterbildung“. Das Bildungsunternehmen bfw, die IHK und die Handwerkskammer Berlin wollten gemeinsam die methodisch-didaktischen und Gender-Kompetenzen der AusbilderInnen in IT-Betrieben erhöhen. Dazu entstand ein IT-Arbeitskreis für AusbilderInnen, dessen Ergebnisse in drei betrieblichen Projekten erprobt wurden. Bei der Telekom lernten die angehenden IT-

Systemkaufleute gender-kompetentes Marketing im T-Punkt. In der Siemens Medienakademie konzipierten und realisierten die Auszubildenden zur Fachkraft für Veranstaltungstechnik einen gendergerechten Messeauftritt für ihren eigenen Beruf. Bei den Berliner Wasserbetrieben stand das Thema Geschäftsprozessanalyse auf dem Ausbildungsplan.

PROJEKTERGEBNISSE:
WWW.BFW.VCAT.DE

KUNSTKALENDER FRAUENBILDER

Dreizehn Porträts von Migrantinnen in Bild und Wort haben die Malerin Birgitta Andersson und die Journalistin Christiane Schäfer in einem Kunstkalender zusammengestellt, Titel „Frauenbilder“ (siehe auch S. 10, 13 und 16). Entstanden sind persönliche Geschichten von Frauen unterschiedlichster Kulturen, die heute in Deutschland leben oder eine Weile zu Gast waren. Ergänzt sind die Kalenderblätter mit Daten, die an wichtige Akteurinnen und Ereignisse aus der Geschichte der Frauenemanzipation erinnern. Auf ein Kalendarium wurde jedoch verzichtet, damit der Kalender kein „Verfallsdatum“ erhält.

Im Laden kostet der Kalender 20 Euro. Die Künstlerinnen regen an, dass Gruppen den Kalender zu einem günstigeren Preis zum Wiederverkauf bestellen, um mit einem Preisaufschlag Migrantinnenprojekte zu unterstützen.

INFOS UND BESTELLUNGEN:
SCHAEFER-COMMUNICATION@T-ONLINE.DE,
CHRISTOPH.DOCKWEILER@T-ONLINE.DE;
TEL.: 0160 97326193, CHRISTIANE SCHÄFER,
HÖRSTER STR. 36A, 33790 HALLE.





„Bleibt die Armut weiblich?“, fragte „Frau geht vor“ vor vier Jahren, als der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung veröffentlicht wurde. Heute stellt sich die Frage, ob sich an der geschlechtshierarchischen Verteilung von Einkommen und Vermögen etwas geändert hat.

Im Allgemeinen habe sich für Frauen in den vergangenen vier Jahren überhaupt nichts getan, weder zum Besseren noch zum Schlechteren, meint die Sozialwissenschaftlerin Dr. Irene Becker, die am Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung mitgearbeitet hat (S. 6). Damals wie heute gibt es spezifische weibliche Armutsrisiken. Damals wie heute bekamen Frauen ein kleineres Stück vom bundesdeutschen Wohlstandskuchen ab.

Anders als vor vier Jahren muss nun allerdings die rotgrüne Bundesregierung ihre Verteilungspolitik rechtfertigen. Damals konnte sie sich auf die Situationsanalyse beschränken, ging es doch um eine Phase, für die noch die Vorgängerregierung unter Helmut Kohl die Verantwortung getragen hatte. Doch auch nach vier Jahren rotgrüner Koalition ist das Armutsrisiko in Deutschland gestiegen, wenn auch nur geringfügig und wenn auch immer noch unterhalb des EU-Durchschnitts. Die Rechtfertigung hört sich so an: „Viele von der Bundesregierung ergriffene Reformmaßnahmen der Agenda 2010 sind erst im Laufe des Jahres 2004 oder Anfang 2005 in Kraft getreten. Dasselbe gilt für die zweite und dritte Stufe der Steuerreform 2000. Diese Auswirkungen können noch nicht in den Bericht einbezogen werden.“

Es ist aber auch ein anderer Schluss denkbar, dass nämlich die Maßnahmen bereits greifen, und zwar genau in der Weise, wie das Gewerkschaften und Sozialverbände immer befürchtet haben: Die rotgrünen Sozialreformen verschärfen die Verteilungsgerechtigkeit.

Der zweite Bericht „Lebenslagen in Deutschland“ dokumentiert einen sozialpolitischen Paradigmenwechsel, den die Soziologin Dr. Ilona Ostner analysiert (S. 9) und die Konsequenzen für Frauen diskutiert. Um den Ausgleich sozialer Ungleichheiten geht es immer weniger, immer mehr aber um „gerechte“ Startchancen zur bestmöglichen Verwertung des individuellen Humankapitals.

Vor vier Jahren gab es nur wenige nach Geschlechtern aufgeschlüsselte Daten zu Einkommen und Vermögen. Allerdings wurde der Bericht um eine Studie zu „Ursachen und Umfang von Frauenarmut“ ergänzt. Diesmal ist die Datenlage etwas besser. Der Bericht sei so weit wie möglich „gegendert“, steht in der Einleitung zu lesen. Doch der Anspruch wird nur unzureichend eingelöst. Denn sonst müsste die Einkommensanalyse hinterfragt werden, die Haushalte statt Individuen betrachtet (S. 13). Denn damit gehe der Bezug zu Frauen verloren, hatte die Sozialwissenschaftlerin Dr. Brigitte Sellach schon vor vier Jahren kritisiert.

„Frau geht vor“ befasst sich vor allem mit dem Armutsteil des Berichts und beleuchtet einige der spezifisch weiblichen Armutsrisiken. Gefragt wird aber auch, wie viele wohlhabende Frauen es gibt und wie sie ihr Geld verdienen (S. 18).

FÜR FRAUEN HAT SICH NICHTS GETAN

VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT NACH VIER JAHREN ROTGRÜN

ARMUTSRISIKEN		
	1998	2003
Männer	10,7%	12,6%
Frauen	13,3%	14,4%
Alter		
Bis 15 Jahre	13,8%	15,0%
16 – 24 Jahre	14,9%	19,1%
25 – 49 Jahre	11,5%	13,5%
50 – 64 Jahre	9,7%	11,5%
65 Jahre plus	13,3%	11,4%
Erwerbsstatus		
Selbständig	11,2%	9,3%
ArbeitnehmerIn	5,7%	7,1%
Arbeitslos	33,1%	40,9%
Rente/Pension	12,2%	11,8%
Lebenssituation		
Männliche Singles	20,3%	22,5%
Weibliche Singles	23,5%	23,0%
Familienstatus		
Allein Erziehende	35,4%	35,4%
Paar mit Kindern	10,8%	11,6%
Summe		
Allgemeines Armutsrisiko	12,1%	13,5%

Quelle: Armuts- und Reichtumsbericht 2005, S. 21

DER BERICHT „LEBENSLAGEN IN DEUTSCHLAND“ 2005 IM INTERNET:

WWW.BMGS.BUND.DE

LINK: ARMUTS- UND REICHTUMSBERICHT.



ABSTAND BESTEHT NACH WIE VOR

VIELE ARMUTSRISIKEN VON FRAUEN TRETEN ERST IM ALTER AUF

„BEI EINER ALLEIN

ERZIEHENDEN

IST DAS MIT

DER SOZIALHILFE

VERBUNDENE

STIGMA GERINGER.“

Oberflächlich betrachtet ist der Wohlstand zwischen Männern und Frauen gar nicht so ungleich verteilt. Ganz anders sieht es aus, wenn man einzelne Bevölkerungsgruppen und Lebenssituationen betrachtet. Irene Becker erläutert wichtige Befunde.



HAT DER ARMUTS- UND REICHTUMSBERICHT BEMERKENSWERTE UNTERSCHIEDE ZWISCHEN DEN GESCHLECHTERN ZUTAGE GEFÖRDERT?

Zur Verteilungsmessung werden alle Einkommen in einem Haushalt addiert und den einzelnen Personen zugerechnet. In der allgemeinen Darstellung treten dabei nur geringe Unterschiede zwischen Männern und Frauen auf. Der Abstand zwischen den Armutsquoten ist nur mäßig. Allerdings verschleiert dieser generelle Befund mehr als er erhellt. In bestimmten Lebenssituationen gibt es erhebliche Unterschiede.



UM WELCHE LEBENSITUATIONEN GEHT ES?

Allein Erziehende sollen gleichzeitig Erziehung und Betreuung übernehmen und einen Beruf ausüben. Bei ungünstigen Ausgangspositionen und Rahmenbedingungen ist das kaum zu leisten. Frauenspezifische Risiken äußern sich zum großen Teil auch erst im Alter, wenn Frauen wegen geringer Rentenansparungen infolge von Erwerbsunterbrechungen und anderer beruflicher Nachteile in die Nähe der Armutsgrenze rutschen. Das passiert allerdings erst, wenn sie allein sind. In einer Partnerschaft wird das Alterseinkommen des Partners mitberücksichtigt.



DIE WENIGEN MÄNNER, DIE IHRE KINDER ALLEIN ERZIEHEN, SIND NICHT ARM. WARUM NICHT?

Eigentlich wissen wir gar nicht, ob das stimmt. Unsere Erkenntnisse beruhen auf Haushaltsstichproben. Und für statistisch signifikante Aussagen gibt es zu wenig allein erziehende Männer. Dieses Armutsrisiko ist also schon von daher für Männer sehr gering. Hinzu kommt, dass Männer, die neu in die Situation kommen, ihre Kinder allein zu erziehen, meist schon im Beruf etabliert sind und daher weniger materielle Probleme haben. Sie stehen vor der Aufgabe, Hilfe für die Familienarbeit zu organisieren und können diese teilweise zukaufen. Von allein erziehenden Frauen wird erwartet, wieder in den Beruf einzusteigen. Das ist in der gegenwärtigen Arbeitsmarktsituation enorm schwierig und gelingt – wenn überhaupt – meist nur in Teilzeit und zu vergleichsweise geringem Lohneinkommen.



IST DIE ALTERSARMUT NACH WIE VOR WEIBLICH?

Die Altersarmut war vor 25 Jahren ein viel größeres Problem als heute. Die Armutsquote alter Menschen liegt heute knapp unter der allgemeinen Quote. Dabei gibt es allerdings geschlechtsspezifische Unterschiede. Ältere Frauen sind durchschnittlich von Armut betroffen, ältere Männer liegen weit unter dem Durchschnitt. Der Abstand besteht also nach wie vor. Ich befürchte, dass die Armutsquote bei Älteren allgemein, besonders aber bei älteren Frauen wieder zunimmt.




WIE KOMMEN SIE ZU DER VERMUTUNG?

Die sozialpolitischen Weichen sind in diese



Richtung gestellt. Die jüngste Rentenreform hat einen Paradigmenwechsel eingeleitet. Beitragsstabilität hat Vorrang vor den Leistungszielen der gesetzlichen Rentenversicherung. Der Nachhaltigkeitsfaktor hat zur Folge, dass die gesetzlichen Renten in Relation zum gesamtwirtschaftlichen Einkommen sinken werden. Das trifft Männer und Frauen zwar gleichermaßen. Aber Frauen erwerben ohnehin überwiegend geringere Rentenanwartschaften und liegen häufiger nahe an der Armuts-grenze. Durch solche Reformen rutschen sie viel schneller unter die Grenze als Männer. Der Trend, dass voll sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze durch Mini- und Midijobs ersetzt werden, weist in die gleiche Richtung.


 **IST VERSCHÄMTE ARMUT IM ALTER NOCH EIN THEMA? DIE GRUNDSICHERUNG SOLLTE DA JA ABHILFE SCHAFFEN.**

Die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit wurde 2003 eingeführt, über ihre Wirkungen liegen noch keine Ergebnisse vor. Die Zahlen, die unseren Analysen zugrunde liegen, sind älter. Danach war verschämte Altersarmut durchaus noch ein Problem. Wir schätzen, dass auf jede allein stehende Frau ab 60 Jahren, die Sozialhilfe bezieht, eine weitere Berechtigte kommt, die ihren Anspruch nicht geltend macht. Das Problem ist aber nicht auf ältere Menschen beschränkt.


 **WER VERZICHTET NOCH AUF SEINEN SOZIALHILFEANSPRUCH?**

Eigentlich sind alle Gruppen in ähnlicher Weise betroffen, allein Erziehende allerdings weniger. Bei einer allein Erziehenden ist das mit der Sozialhilfe verbundene

Stigma geringer als etwa bei einem Paar mit Kindern. Die Gesellschaft erwartet von einem Mann, dass er es schafft, seine Familie durchzubringen. Und auch der Mann hat den Anspruch an sich, ohne Sozialhilfe auszukommen. Eine allein Erziehende ist eher bereit, zum Sozialamt zu gehen, zumal ihr Bedarf meist wesentlich größer als bei anderen ist. Je weiter man unter das Existenzminimum sinkt, desto eher geht man zum Sozialamt.

 **DER ARMUTS- UND REICHTUMSBERICHT BEZEICHNET ARBEITSLOSIGKEIT ALS GRÖSSTES ARMUTSRISIKO. WELCHE GESCHLECHTS-SPEZIFISCHEN UNTERSCHIEDE GIBT ES DA?**

Eigentlich keine.

 **BEI DER BERECHNUNG DER FRÜHEREN ARBEITSLÖSENHILFE UND DES HEUTIGEN ARBEITSLÖSENGELDES II WIRD DAS PARTNEREINKOMMEN ANGERECHNET. DIE ORIENTIERUNG AN BEDARFGEMEINSCHAFTEN VERSCHEIERT DIE SPEZIFISCHEN ARMUTSRISIKEN DER FRAUEN. DAS IST AUCH DER FALL, WENN IM ARMUTS- UND REICHTUMSBERICHT DIE EINKOMMEN VON HAUSHALTEN ANALYSIERT WERDEN STATT VON INDIVIDUEN.**

Den Haushalts-Ansatz für die Messung von Armut halte ich für sinnvoll. Das Konzept ist problematisch, wenn spezifische Armutsrisiken von Frauen in ihrem gesamten Lebenslauf betrachtet werden sollen. Dafür müsste man die Einkommensstrukturen innerhalb der Haushalte analysieren. Das wurde im Armuts- und Reichtumsbericht allerdings nicht thematisiert.

*„ICH BEFÜRCHTE,
DASS DIE ARMUTSQUOTE
BEI ÄLTEREN FRAUEN
WIEDER ZUNIMMT.“*



DR. IRENE BECKER IST VOLKSWIRTIN MIT DEM SCHWERPUNKT SOZIALPOLITIK UND EMPIRISCHE VERTEILUNGSFORSCHUNG. SIE HAT GUTACHTEN SOWOHL ZUM ERSTEN ALS AUCH AM ZWEITEN ARMUTS- UND REICHTUMSBERICHT ERSTELLT.



KARRIERE IN OSTDEUTSCHLAND

ERST FÜHRUNGSKRAFT,
DANN ABM, DANN ALG II

ÜBERLEBEN MIT 1150 EURO	
435 Euro	Warmmiete
49 Euro	Elektrizität
186 Euro	private Haftpflicht-, Hausrat-, Brillenzusatz-, KFZ- und Unfallversicherung, Altersvorsorgebeiträge, öffentliche Verkehrsmittel
ca. 10 Euro	Kabelfernsehen
470 Euro	Lebensmittel, Medikamente, Benzin, Sonstiges

Soziale Gerechtigkeit bedeute mehr Gleichheit bei den Teilhabe- und Verwirklichungschancen, definiert die Bundesregierung. Doch was ist, wenn es keine Chancen gibt?

„Der Staat kann Chancen eröffnen. ... Aber jede und jeder Einzelne entscheidet darüber, ob sie oder er die Chance nutzt“, heißt es im Armuts- und Reichtumsbericht 2005. Solche Sätze machen Petra N. wütend. Der Hartz-Grundsatz „fordern und fördern“, noch so ein Aufreger: „Was wollen die denn im Osten fördern? Wo es nichts gibt, kann auch nichts vermittelt werden“, sagt N. bitter. Im Osten werde nur gefordert.

Die Lebensmitteltechnologin weiß, wovon sie spricht. Ab August 2004 informierte sie als Teamleiterin auf ABM-Basis in der Sozialberatung des Landratsamts Riesa-Großenhain über Hartz IV, füllte Formulare aus, prüfte Bescheide und half, Widerspruch einzulegen. „Ende Januar dieses Jahres habe ich selbst Arbeitslosengeld II beantragt“, sagt sie lakonisch.

Eine ostdeutsche Karriere: Mit 31 Jahren leitete Petra N. drei Küchen im Stahl- und Walzwerk Riesa und war für 80 Personen verantwortlich. Das war 1991. Dann folgte Kurzarbeit. Der Stahlriese wurde liquidiert. „Die Gemeinschaftsversorgung brach zusammen, es blieb nur noch eine Küche übrig“, erinnert sich N.. Ihre Stimme ist leise. Sie spricht sachlich, ohne zu stocken. Ihre Geschichte hat sie schon ein Dutzend Mal erzählt. Zuletzt vor laufender Kamera in der Sendung „Fakt ist“ im Februar dieses Jahres.

Die Kurzarbeit nutzt N. für eine Fortbildung zur Betriebswirtin. 1992 wird sie arbeitslos. Ihre zweite „Karriere“ beginnt: 1994 und 1995 Arbeits-Beschaffungs-Maßnahme (ABM) im Staatsarchiv Riesa. 1996 belegt sie einen Auffrischkurs in Betriebswirtschaft und Englisch. Im Jahr 2000 erneute ABM in der Kreis-Handwerkerschaft Riesa. Es folgt eine Fortbildung zur Marketing-Managerin in E-Commerce, die sie im September 2002 abschließt. Kürzlich empfahl ihr jemand, putzen zu gehen. „Wer kann sich denn hier eine Putzfrau leisten?“, gab sie zurück.

Auf rund 1000 Bewerbungen in zwölf Jahren kommt Petra N.. Ohne Erfolg, abgewimmelt, „überqualifiziert, zu alt“. Doch Haushalt und Sohn, das ist ihr zu wenig. „Ich hatte immer mit Menschen zu tun, war sogar für sie verantwortlich.“ Seit zehn Jahren engagiert sie sich ehrenamtlich im „Arbeitskreis Frauen“ der IG Metall Riesa, mittlerweile als dessen Sprecherin. Zudem besucht sie eine Selbsthilfegruppe arbeitsloser Frauen.

Obwohl ihr Mann auf Kurzarbeit gesetzt ist, bekommt Petra N. Arbeitslosengeld II nur als Mietzuschuss in Höhe von 140 Euro. Das Paar hat 1.150 Euro im Monat. Nach Abzug aller Fixkosten bleiben ihnen 15 Euro am Tag „Das reicht zum Überleben, nicht zum Leben“, schimpft die Diplom-Ingenieurin. Armut bedeutet Ausschluss: Kino oder Konzerte sind nicht drin. Wünsche bleiben unerfüllt: „Dieses Jahr feiern wir Silberhochzeit und würden gerne verreisen. Das können wir uns aber nicht leisten.“

 Carmela Mudulu



Die Bundesregierung hat einen grundlegenden Wandel in der Sozialpolitik eingeleitet. In der Agenda 2010 wurde er erstmals in praktische Politik gegossen. Sozialpolitik soll weniger Ungerechtigkeiten ausgleichen und mehr – „aktivieren“. Sie soll nicht den Ausstieg aus dem Arbeitsmarkt abfedern, sondern die (Re-) Integration fördern. Ilona Ostner erläutert den Paradigmenwechsel.

Der sozialpolitische Wandel geht einher mit einem veränderten Armutsbegriff und zeigt sich daher auch im neuen Armuts- und Reichtumsbericht. In der EU sind diejenigen als arm definiert, deren Einkommen unter der Schwelle von sechzig Prozent des durchschnittlichen nach Zahl und Alter der Haushaltsmitglieder gewichteten Nettoeinkommens aller Haushalte liegt. Dieser relative Begriff von Armut misst Einkommensungleichheit.

Von absoluter Armut spricht man hingegen, wenn das Einkommen nicht ausreicht, um den täglichen Kalorienbedarf und andere überlebensnotwendige Bedürfnisse zu decken. Ein Zusammenhang zwischen Ungleichheit und Armut wird hier nicht hergestellt.

Einkommensarmut wird häufig mit Exklusion, dem Ausschluss von gesellschaftlicher Teilhabe, verbunden. Exklusion ist ein mehrdimensionales Konzept, das klassische Dimensionen der Lebensqualität einschließt: Einkommen, Erwerbstätigkeit, politische Partizipation und ein persönliches soziales Netz, auf das in der Not zurückgegriffen werden kann.

Der Armuts- und Reichtumsbericht hebt hingegen auf Arbeitslosigkeit als Hauptursache für Armut ab: „Dann muss sich soziale Politik vorrangig an der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Integration Erwerbsloser in den Arbeitsmarkt orientieren.“ Tatsächlich führen aber weder Einkommensarmut noch Beschäftigungslosigkeit geradewegs in Unterversorgung oder in die soziale Isolierung. Umgekehrt bedeutet ein Job nicht automatisch, dass sein Besitzer oder seine Besitzerin nun sozial eingebettet ist. Die Beschäftigungsbedingungen der „working poor“ ermöglichen häufig gar kein Leben jenseits des Gelderwerbs.

Jobs, Jobs, Jobs

Die Gleichsetzung von Erwerbslosigkeit und Ungleichheit der Chancen stellt eine Wende dar. Armut wird nun als mangelnde Fähigkeit bestimmt, für den eigenen Unterhalt und den der Familie zu sorgen. Ziel ist nicht mehr, die Ungleichheit der Einkommen zu verringern, sondern Chancen neu zu verteilen. Wer heute von Armut spricht, verweist meist auf ungenutzte Erwerbspotenziale und neue Einkommensrisiken für erwerbstätige Familien.

Damit einher geht eine veränderte Zielsetzung von Sozialpolitik. Sie soll nicht mehr das Ausscheiden aus dem Erwerbsleben absichern, etwa wegen Familie, Alter, Erwerbslosigkeit oder Krankheit. Sondern sie soll die (Re-)Integration in den Arbeitsmarkt fördern. Deswegen soll der zukünftige Wohlfahrtsstaat neben den alten Standardrisiken – und auf deren Kosten – neue Risiken abfedern. Vorrangig sollen aktivierende Leistungen finanziert und damit Humankapital gebildet werden.

FORDERN, FÖRDERN, AKTIVIEREN

GRÖßERES HUMANKAPITAL ALS ZIEL VON SOZIALPOLITIK

DR. ILONA OSTNER IST PROFESSORIN FÜR SOZIALPOLITIK AM INSTITUT FÜR SOZIOLOGIE DER UNI GÖTTINGEN. SIE BEFASST SICH BESONDERS MIT DER ZUKUNFT DES EUROPÄISCHEN SOZIALMODELLS



SCHWERPUNKT

„VORRANGIG SOLLEN
AKTIVIERENDE LEISTUNGEN
FINANZIERT UND DAMIT
HUMANKAPITAL GEBILDET
WERDEN.“

Davon profitieren vor allem Frauen. Gleiche Erwerbschancen gelten als Gebot der Fairness. Vor allem aber profitiere die Gesellschaft von der Erwerbsarbeit der Frau, heißt es. Das weibliche Erwerbspotenzial verspreche steigende „social returns“. Frauen bildeten als Humankapital, potenzielle Arbeitskräfte und Mütter ein ungenutztes produktives Reservoir, das – erst einmal angezapft – auch der Armut von Kinder abhelfen könnte. Daher sei die Förderung der Frauenerwerbsarbeit gleichermaßen frauen-, familien- und gesellschaftsfreundlich. Sicherlich ist sie auch männerfreundlich. Kinder als „Zukunft“ rechtfertigen zudem die Neujustierung der Sozialleistungen von Kinderlosen und nicht mehr beschäftigten Älteren hin zu erwerbstätigen Familien.

Was ist „gerecht“?

Mit dem Wandel in der Sozialpolitik geht ein veränderter Begriff von sozialer Gerechtigkeit einher. Bisher beinhaltet er eine „gerechtere“ Einkommensverteilung zwischen schlechter und besser Gestellten. Künftig gelten die am meisten Benachteiligten dann als besser gestellt, wenn sie Zugang zum Arbeitsmarkt haben, etwa durch die Schaffung von gering bezahlten Jobs. Zugleich sollen sie die Chance erhalten, dem Niedriglohnsektor zu entkommen, etwa durch das Recht auf Qualifizierung.

Gerechtigkeit bekommt eine stärkere moralische Dimension. Nur dem soll gegeben werden, der ohne eigenes Zutun in Not geraten ist. Die Unterstützung soll ihm helfen, Notlagen zukünftig zu vermeiden. Damit eng verknüpft ist ein „reziprokes“ Verständnis von sozialen Rechten und

Pflichten oder von moralischen Verpflichtungen gegenüber der Gemeinschaft der Versicherten oder der Gesellschaft. „Reziprozität“ meint Handeln auf Gegenseitigkeit – Fördern und Fordern. Anders als beim Äquivalententausch ist weder Zeitpunkt, noch Form, noch Inhalt dessen, was zurückgegeben wird, eindeutig fixiert, sondern kann kontinuierlich neu bestimmt werden. Ein Beispiel sind soziale Leistungen für Kinder als Zukunftsinvestition: Man gibt etwas ab in der Hoffnung, dass sich dies später auszahlt, etwa indem die zukünftigen Erwachsenen gegen Einkommensrisiken gewappnet sind.

Erwerbsfähige Männer und Frauen hingegen müssen gute Gründe vorbringen, wenn sie sich nicht um Beschäftigung bemühen. Auch kleine Kinder oder pflegebedürftige Angehörige rechtfertigen den Ausstieg aus dem Arbeitsmarkt nur noch partiell. Die „Beschäftigungsbereitschaft“ wird erhöht, indem Arbeitslosengeld II nur sehr bedingt gewährt wird.

Wo bleibt die Umverteilung?

Doch was passiert mit denjenigen, die auch nicht durch Zwang für sich selbst sorgen können? Wer sorgt für ein würdiges Auskommen im Alter für diejenigen, denen es nicht gelingt ausreichend vorzusorgen? Spätestens an diesem Punkt taucht die Frage der Angleichung der Lebenschancen durch Umverteilung wieder auf. Denn von der neuen Sozialpolitik profitieren in erster Linie die Bereiche und Personen, die Rendite versprechen. Frauen, die weder aktuell noch künftig allzu großes Humankapital aufweisen, sind auf Umverteilung angewiesen – im Zweifel auf die in der Familie.



Kunstkalender „Frauenbilder“, siehe S. 4



Das Gesundheitsmodernisierungsgesetz (GMG) wurde als bedeutender Schritt zur Zukunftssicherung des Gesundheitswesens angepriesen. Trotz Praxisgebühr und gestiegenen Zuzahlungen werde nicht auf Kosten der Armen und chronisch Kranken gespart. Die Verbraucherverbände wissen es besser.

Meinhard Johannides vom Verband der Angestellten Krankenkassen Hessen (VdAK) sieht einen Trend: „Die Inanspruchnahme von Zuzahlungsbefreiungen ist in den letzten Jahren gigantisch nach oben gegangen.“ Besonders die chronisch Kranken, die höchstens ein Prozent ihres Bruttoeinkommens für Zuzahlungen aufzubringen hätten, machten davon Gebrauch. Andere Patientinnen und Patienten müssen bis zu zwei Prozent zuzahlen. Doch auch sie erreichten immer häufiger das gesetzliche Limit.

Die Zuzahlungen hält Dr. Stefan Etgeton nicht für das größte Problem. Das sei vielmehr die gestiegene Zahl der ausgegrenzten Leistungen, die generell privat bezahlt werden müssten, meint der Gesundheitsexperte der Verbraucherzentrale Bundesverband in Berlin. „Arme Haushalte und bestimmte Patientengruppen sind stark belastet worden bei Sehhilfen, Krankenfahrten und Medikamenten, die nicht verschreibungspflichtig sind“, so Etgeton.

Die Präparate der so genannten OTC-Liste – frei verkäufliche „over the counter“-Medikamente – sind für viele Menschen unentbehrlich: Antihistamine bei Allergien, Harnstoffmedikamente bei Hautproblemen, die Begleitmedikation bei Chemo-

therapien und Aids. Wer auf solche Präparate angewiesen ist, bleibt auf den Kosten sitzen. Denn wer kein Rezept hat und damit auch nicht zuzahlt, hat keinen Anspruch auf Befreiung. Schon für Kinder ab zwölf Jahren müssen die OTC-Medikamente selbst bezahlt werden. Bei einigen Hauterkrankungen, etwa der Schuppenflechte, seien Medikamentenkosten – auch zur notwendigen Prophylaxe – in Höhe von 1000 bis 4000 Euro pro Jahr keine Seltenheit, erläutert Etgeton. Es gebe zwar eine Ausnahmeliste zu den OTC-Präparaten. Doch diese stehe in vielen Fällen „mit der therapeutischen Praxis nicht im Einklang“.

Lächeln – mit Luxus oder Lücke

Rechnungen für Zahnersatz sind heutzutage ein Thema in der Schuldnerberatung. Das berichtet Antje Harntmann von der Verbraucherzentrale Hessen, zuständig für das ländliche Kasseler Umland. Harntmann macht das rasante Tempo der Gesundheitsreformen verantwortlich, die in wenigen Jahren erhebliche Veränderungen gebracht haben. „Der Zahnarzt erläutert, was er wie machen will, aber die Patienten verstehen die Prozedur nicht. Anträge und Folgekosten, Grundversorgung oder Luxusvariante – plötzlich flattern Rechnungen ins Haus, die nicht bezahlt werden können.“ Schon gebildete Menschen hätten Probleme, die Veränderungen im Gesundheitssystem nachzuvollziehen, meint Harntmann. Ärmere, bildungsferne Schichten würden überrumpelt, ihnen fehle das notwendige Alltagswissen.

Die Unterscheidung zwischen Sachleistung und Kostenerstattung ist eine weitere Quelle für Missverständnisse. Wer nicht

LIEBER REICH UND GESUND

ARMUT MACHT KRANK UND KRANKHEIT ARM

ERST REFORM, DANN BEDÜRFTIG?

ERFOLGSBILANZ: DAS GESUNDHEITSMODERNISIERUNGSGESETZ (GMG) HAT DEN GESETZLICHEN KRANKENKASSEN IN DEN ERSTEN DREI QUARTALEN 2004 2,64 MILLIARDEN EURO AN ÜBERSCHÜSSEN BESCHERT.

WORTAKROBATIK: DIE REFORM SETZE „AN DER AUSGABENSEITE AN“, HEISST ES IM ARMUTSBERICHT. VERSICHERTE SOLLEN DAS SYSTEM „NUR IM NOTWENDIGEN UMFANG NUTZEN“, ES „NICHT UNSOLIDARISCH IM ÜBERMASS AUSNUTZEN“.

KOSTENTREIBER: REFORMGRÜNDE WAREN STRUKTURMÄNGEL, DIE ALTERNDE BEVÖLKERUNG, DER MEDIZINISCHEN FORTSCHRITT. DARAN HAT DAS GMG NICHTS GEÄNDERT.

FAZIT: JETZT SEIEN VERSICHERTE „MIT SOZIALVERTRÄGLICHEN ZUZAHLUNGEN“ ERGÄNZEND ZUR BEITRAGSPFLICHT „ANGEMESSEN AN DER FINANZIERUNG BETEILIGT“.



auf Chipkarte behandelt wird, bleibt nicht selten auf unerwarteten Kosten für Zusatzleistungen sitzen. „Dafür kommt kein Sozialleistungsträger auf“, stellt Antje Harmann fest. Der viel beschworene mündige Patient brauche mehr Beratung und Unterstützung.

Auf der anderen Seite beobachtet Harmann mit Sorge, dass eine sichtbar schlechtere Zahnversorgung das Stigma „arm“ verstärkt. Damit sinken die Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Gerade Frauen riskieren viel Geld für teure Zähne. Der Druck gut auszusehen, sei für sie besonders hoch.

Zu arm fürs Kind

Eine weitere bittere Pille für Frauen: Der Kinderwunsch bleibt für Arme häufiger unerfüllt. Mit dem GMG wurde bei der künstlichen Befruchtung die Zahl der bezuschussten Versuche von vier auf drei gekürzt. Daniela Hubloher, Patientberaterin der Verbraucherzentrale in Frankfurt/Main, fasst zusammen: „Die Begleitmedikamente bei der künstlichen Befruchtung sind in der Regel nicht rezeptpflichtig, also selbst zu bezahlen. Dazu kommt die Eigenbeteiligung in Höhe von 50 Prozent bei jedem Versuch. So entstehen pro Versuch leicht Kosten von rund 1000 Euro.“

Antje Harmann hatte in ihrer Beratungspraxis bereits den tragischen Fall einer Frau, die sich für ihren Kinderwunsch hoch verschuldet hatte.

 Beate Eberhardt

GESUNDHEIT IN DEUTSCHLAND

SCHICHTZUGEHÖRIGKEIT, EINKOMMEN, BILDUNGSSTAND, ARBEITSLOSIGKEIT, WOHN- UND UMWELTBEDINGUNGEN BEEINFLUSSEN DIE GESUNDHEIT UND DAS GESUNDHEITSVERHALTEN. ZUM BEISPIEL RAUCHEN MENSCHEN MIT EINKOMMEN UNTER 700 EURO HÄUFIGER (37,2 PROZENT) ALS BEZIEHERINNEN HÖHERER EINKOMMEN (27,2 PROZENT). ÖKONOMISCH BENACHTEILIGTE MENSCHEN HABEN HÄUFIGER HERZINFARKTE, SCHLAGANFÄLLE, LEIDEN AN ÜBERGEWICHT UND CHRONISCHER BRONCHITIS.

AN BLUTHOCHDRUCK, CHRONISCHER BRONCHITIS, ARTHROSE, RÜCKENSCHMERZEN, SCHWINDEL ODER DEPRESSIONEN LEIDEN 51,6 PROZENT DER LANGZEITARBEITLOSEN FRAUEN, ABER „NUR“ 34,5 PROZENT DER ERWERBTÄTIGEN FRAUEN.

AN EINER LÄNGER ANDAUERNDEN KRANKHEIT ODER GESUNDHEITSSTÖRUNG LEIDEN 50,4 PROZENT DER FRAUEN MIT VOLKS- ODER HAUPTSCHULABSCHLUSS, ABER „NUR“ 37 PROZENT DER ABITURIENTINNEN.

ÜBERGEWICHTIG SIND 72,3 PROZENT DER FRAUEN MIT VOLKS- ODER HAUPTSCHULABSCHLUSS, ABER „NUR“ 38,2 PROZENT DER ABITURIENTINNEN.



Erwerbstätige trügen ein unterdurchschnittliches Armutsrisiko, heißt es im Armuts- und Reichtumsbericht. Die beste Versicherung gegen sozialen Abstieg ist ein die Existenz sicherndes Einkommen. Doch dabei haben Frauen schlechtere Karten als Männer. Einige Befunde:

Frauen erwirtschaften geringere Einkommen als Männer und tragen ein höheres Armutsrisiko.

Der Armuts- und Reichtumsbericht greift auf die Zahlen des Berufs- und Einkommensberichts von 2002 zurück (siehe „Frau geht vor“ 2/2002). Danach kommen Frauen im Westen auf knapp 75 Prozent des Durchschnittseinkommens eines Mannes, Frauen im Osten auf knapp 94 Prozent. Bei Jüngeren ist die Lücke geringer als bei Älteren. Seine Analysen bezieht der aktuelle Bericht jedoch nicht auf Männer und Frauen, sondern auf Haushalte. Dies entspricht der Armutsdefinition der EU. Als arm gilt, wer – gewichtet nach Zahl der Haushaltsmitglieder – über höchstens 60 Prozent eines durchschnittlichen Einkommens verfügt. Doch dieses Konzept verschleiern die Einkommenssituation und familiäre Abhängigkeitsverhältnisse von Frauen. Ob ein Alleinverdiener, ein Hauptverdiener und eine „Zuverdienerin“ oder zwei Personen gleichgewichtig das Geld erwirtschaften, spielt keine Rolle. Selbst wenn die geringfügig verdienende Ehefrau eines gut situierten Akademikers nicht arm ist. Sie trägt ein hohes Armutsrisiko. Denn wenn sie sich trennt oder scheiden lässt, droht ihr der soziale Abstieg. Ein Viertel

der geschiedenen Frauen erhält keinen Kindesunterhalt. Bei vielen anderen reicht der Unterhalt nicht zum Leben. 26,3 Prozent der allein Erziehenden beziehen Sozialhilfe.

Frauen tragen ein höheres Armutsrisiko, weil sie häufiger in Teilzeit mit geringer Stundenzahl arbeiten.

Einkommen in Deutschland sind immer ungleicher verteilt. Das liegt zu einem guten Teil an vermehrter Teilzeit, vor allem mit geringer Stundenzahl. 85 Prozent der Teilzeitbeschäftigten und 70 Prozent der MinijobberInnen sind Frauen (siehe S.15). Wegen ihrer kürzeren Arbeitszeiten verlieren Frauen beim Einkommen im Laufe ihres Lebens gegenüber Männern immer mehr an Boden. Bei den Geburtsjahrgängen 1936 bis 1955 beträgt der Unterschied 42 Prozent. Armut trotz Erwerbstätigkeit hänge vor allem von zwei Faktoren ab, heißt es im Armuts- und Reichtumsbericht, vom Umfang der Erwerbstätigkeit und von der Zahl der Kinder. Armutsgefährdet seien Teilzeithaushalte, allein Erziehende und kinderreiche Migrantenfamilien.

Frauen in Ostdeutschland tragen ein höheres Armutsrisiko, weil sie länger arbeitslos sind.

Als Hauptursache für Armut gilt Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenquote der Frauen liegt zwar unter der Quote der Männer, seit 2002 auch im Osten des Landes. In Westdeutschland hat sich die bis vor wenigen Jahren überdurchschnittliche Quote der langzeitarbeitslosen Frauen ebenfalls an den Wert der Männer angeglichen. Ganz anders sieht es jedoch im Osten aus.

AUSKOMMEN MIT DEM EINKOMMEN

ERWERBSARBEIT ALS SICHERUNG GEGEN ARMUT? SCHÖN WÄR'S!



Kunstkalender „Frauenbilder“, siehe S. 4



Dort übersteigt der Anteil der Frauen, die länger als zwölf Monate ohne Arbeit sind, den Wert bei den Männern um mehr als zehn Prozent. Diese Frauen sind auf Arbeitslosengeld II angewiesen. Allerdings werden Vermögen und Partnereinkommen angerechnet. Konsequenz: Viele Frauen erhalten überhaupt kein Geld. Nach vorläufigen Angaben des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeiten wurden bis zum Jahreswechsel rund 9,1 Prozent der Anträge abgelehnt. Aktuellere Statistiken gibt es nicht.

Überdurchschnittlich viele Frauen arbeiten im Niedriglohnssektor. Da immer weniger Menschen aus diesem Segment aufsteigen, tragen sie ein höheres Armutsrisiko.

Nach einer neuen Studie des Instituts für Arbeitsmarkts- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg gelingt es immer weniger gering Verdienenden, ihre Einkommenssituation zu verbessern. Dieser Trend widerspricht der allgemeinen Entwicklung in der EU und ist nicht in den Armuts- und Reichtumsbericht eingeflossen. Neben Frauen tragen gering Qualifizierte, ostdeutsche Beschäftigte, Jugendliche und junge Erwachsene ein besonders hohes Niedriglohnrisiko.

Mütter kleiner Kinder tragen ein höheres Armutsrisiko, weil sie wegen fehlender Betreuungsangebote nicht oder nur kurzzeitig erwerbstätig sein können.

Mehr als ein Viertel aller allein erziehenden Mütter war in der Vergangenheit auf Sozialhilfe angewiesen und erhält jetzt Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld. Das

gleiche Schicksal trifft nur drei Prozent der allein erziehenden Väter. Auch für Frauen in einer Partnerschaft bedeutet eine familienbedingte Erwerbsunterbrechung ein großes Risiko. Der Armuts- und Reichtumsbericht stellt fest: „Mit zunehmender Dauer der Elternzeit verringern sich die Karrierechancen von Frauen, und als Folge nehmen die Lohnungleichheiten zu. Frauen mit Kindern verfügen z.B. über geringere kumulierte Erwerbszeiten.“ Insbesondere bei der Betreuung der Krippkinder „glänzt“ Deutschland als Schlusslicht in der EU. Nur knapp drei Prozent der Kinder in Westdeutschland und 37 Prozent in Ostdeutschland finden einen Platz.

Junge Frauen sind heute zwar besser gebildet als junge Männer. Auf dem Arbeitsmarkt können sie damit jedoch (noch) nicht punkten.

„Trotz besserer und höherwertiger Bildungsabschlüsse zeigen sich nicht die zu erwartenden Erfolge im Beschäftigungssystem“, besagt der Armuts- und Reichtumsbericht. Ganz oben auf der Einkommensskala stehen männliche Singles mit Hochschulabschluss, gefolgt von Paaren, bei denen beide über ein Hochschuldiplom verfügen. An dritter Stelle stehen Männer mit abgeschlossener Berufsausbildung und weibliche Singles mit Hochschulabschluss. Am unteren Ende der Skala befinden sich Paare und weibliche Singles ohne Ausbildungsabschluss. Frauen sind zu einem größeren Anteil als Männer nicht entsprechend ihrer Ausbildung beschäftigt. In Ostdeutschland müssen beide Geschlechter eher als in Westdeutschland damit rechnen, nur einen geringwertigen Job zu finden

SOWEIT NICHT ANDERS VERMERT ENTSTAMMEN ALLE ZAHLEN DEM BERICHT „LEBENSLAGEN IN DEUTSCHLAND. DER ZWEITE ARMUTS- UND REICHTUMSBERICHT DER BUNDESREGIERUNG“.

DER BERICHT ERFASST NOCH NICHT DIE ZUSAMMENLEGUNG VON ARBEITLOSEN- UND SOZIALHILFE ZUM ARBEITLOSENGELD II.



MinijobberInnen – allzeit bereit für 400 Euro im Monat: Flexibel, unbürokratisch, billig. Sogar ihre Rechte werden ihnen streitig gemacht. Der Anteil von Minijobs steigt ebenso wie die Armut.

Gerhard Jahn von der Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten (NGG) Hessen ist resigniert: „Ich beobachte seit fünf Jahren Nischen, in denen sich die Zahl der Minijobs verzehnfacht hat.“ Vor allem gelte das für Dienstleistungen, weniger in der Produktion. Ein gravierender Umbruch vollzieht sich in der Systemgastronomie, den Gaststätten, Küchen und Hotels. Letztere spielten beim Ausgliedern von Arbeit eine unrühmliche Rolle: „Der Bereich house-keeping wird fremd vergeben“, erklärt Jahn. Subunternehmer mit Kolonnen von Minijob-Beschäftigten zögen durch die Gänge. Darunter traditionell viele Frauen, aber auch immer mehr Männer. Migrantinnen und Migranten aus aller Herren Länder stehen zur Verfügung.

Seit der Minijob-Neuregelung von 2003 ist die Arbeitszeitgrenze von 15 Wochenstunden gefallen. Dem Lohndumping seien Tür und Tor geöffnet, meint Jahn. „Die Leute arbeiten sich arm. Stundenlöhne von fünf Euro und darunter sind drin, wo kein Betriebsrat über Standards wacht.“

MinijobberInnen legal anmelden, dann illegal weiter beschäftigen, ist eine einträgliche Masche. Für die Beschäftigten dreht sich die Abwärtsspirale in die Armut.

Daneben gibt es aber auch ganz legalen Missbrauch: „Auf der grünen Wiese eröffnet ein Kinocenter mit Restaurant und

Bars. Beschäftigt sind zwei Vollzeitkräfte, der Koch und der Geschäftsführer“, berichtet Jahn. MinijobberInnen erledigen den gesamten Rest. Das einfache Verwaltungsverfahren erleichtert die Personalwirtschaft. Jahns Fazit: „Noch gibt es sozialversicherte Arbeit wie die Fachverkäuferin beim Bäcker. Aber es wird weniger ausgebildet und für ausgelernte, ‚teure Kräfte‘ sind volle Stellen rar.“

Wandel auch im Handel

Nennen wir sie Regina K., zwei Kinder, allein erziehend. In Vollzeit sitzt sie an der Kasse einer Lebensmittelkette. Eines Tages verlangt die Geschäftsleitung eine Vertragsänderung: Teilzeit oder Kündigung, so die Alternativen. Um die Stelle zu retten, willigt sie ein, sucht jetzt aber händeringend einen 400-Euro-Nebenjob. Doch der ist nicht zu kriegen, weil sie Wechselschichten hat: eine Woche früh, eine Woche spät. Ihr Leid klagte sie Dora Riss, der Verdi-Sekretärin für den Einzelhandel in Frankfurt und Rhein-Main. „Der Fall ist typisch, es gibt kaum noch volle Stellen, meistens befristete Teilzeitverträge“, sagt Riss. Viele Frauen seien auf Mini-Nebenjobs angewiesen.

„Arbeitskräfte setzt der Handel in den Stoßzeiten ein, es wird flexibel organisiert. Mehr Köpfe arbeiten weniger Stunden“, erklärt Riss. Zudem drängten die Männer in die Frauendomäne Einzelhandel, nicht nur in den Führungsetagen. Auch um Ausbildungsplätze konkurrierten Mädchen zunehmend mit Jungs. Der Ausbildungsnot gehorchend brächen diese auch in weibliche Niedriglohn-domänen ein.

 Beate Eberhard

ARMUT NACH MASS

FRAUEN MIT MINIJOB ARBEITEN SICH ARM

MEHR ODER WENIGER?

ÜBERRASCHEND:
LAUT ARMUTSBERICHT STIEG DIE ERWERBSTÄTIGKEIT IN DEUTSCHLAND SEIT 1998 VON 37,6 AUF 38,4 MILLIONEN IN 2004.

BEDAUERLICH:
VOR ALLEM MINIJOBS BOOMEN. SIE NAHMEN VON JUNI 1999 BIS JUNI 2002 UM 511.000 ZU – AUF 4,17 MILLIONEN. DER FRAUENANTEIL LAG BEI KNAPP DREI MILLIONEN. NACH DER REFORM 2003 SCHNELLTE DIE ZAHL AUF 4,8 MILLIONEN HOCH.

LITERATUR

WAS SIE ÜBER MINIJOBS UND GLEITZONE WISSEN SOLLTEN. HRSG. VOM DGB-BUNDESVERSTAND, ABT. GLEICHSTELLUNGSPOLITIK, BESTELLUNG UNTER: WWW.DGB.DE



ALLTAG GEREGLT FÜR 1,50 EURO

JUNGE CHEMNITZERINNEN
SUCHEN EINSTIEG IN DEN
BERUF

Ein-Euro-Jobs wurden als Brücke in den ersten Arbeitsmarkt eingeführt. Ines, Sandy und Susan sind sich nicht so sicher, ob das funktioniert.

Im vergangenen November erhielt Susan einen Brief von der Agentur für Arbeit (AA) in Chemnitz. Sie solle sich beim Jugendcafé Metica melden. „So läuft es immer. Mir wird schriftlich mitgeteilt, wo ich mich vorstellen soll. Manchmal sind die Termine sogar am nächsten Tag“, kritisiert die 23-Jährige. „Als Arbeitslose hat man ja eh nichts anderes zu tun“, sagt sie schnippsch. Der gleichaltrigen Ines und der ein Jahr älteren Sandy erging es ähnlich. Bis Ende April arbeiten sie nun im Internetcafé Metica. Zusätzlich zum Arbeitslosengeld II bekommen sie dafür 1,50 Euro pro Stunde. Sie sind drei von 500 Jugendlichen, die beim Pilotprojekt „Chance 500“ mitmachen, das von der IG Metall unterstützt wird.

Die jungen Frauen betreuen Jugendliche beim Surfen und organisieren Bastel-, Film- und Kochnachmittage für Kinder. Zwanzig Prozent der Zeit sind für Bildung reserviert. „Es geht um sozialpolitische Themen“, erklärt Sandy. „Wir diskutieren über den Demokratiebegriff, den Aufbau der Bundesrepublik und über anstehende Reformen.“ In Zukunft sollen sie selbst Seminare für andere Jugendliche leiten. Susan hat so ihren Wunschberuf gefunden – Bildungsreferentin: „Ich fand es toll, wie die Referenten die Jugendseminare geleitet haben.“

Ohne zu zögern bejahen die drei jungen Frauen die Frage, ob ihnen die Arbeit Spaß

mache. Wichtiger sei aber, endlich „raus zu kommen“ oder wie es Sandy ausdrückt: „Wir haben wieder einen geregelten beruflichen Alltag.“ Der Job habe zwar keinen Bezug zu ihrem Beruf. „Aber die Teamerziehung ist nützlich“, findet sie. Zum Beispiel, um soziale Kompetenzen zu entwickeln. „Wir planen und organisieren Aktivitäten. Zudem tragen wir als Ansprechpartnerinnen Verantwortung“ sagt Ines. Sie hofft, dass ihr diese Kenntnisse bei der Jobsuche nützen. Nach ihrer Ausbildung zur Bauzeichnerin kam Ines lediglich für ein halbes Jahr im bayerischen Straubing unter.

Sandy hat mehr Berufserfahrung: Als Industriekauffrau arbeitete sie immerhin 15 Monate im Abwasserbereich der Stadt Chemnitz. Danach suchte sie zwei Jahre lang vergeblich Arbeit und begann im vergangenen Oktober ein Betriebswirtschaftsstudium. Der Abschluss soll ihre Jobchancen verbessern. Sandy studiert abends, um für die AA vermittelbar zu bleiben. „Schließlich muss ich mir alles selbst finanzieren“, erklärt sie.

Susan hat eine Lehre zur Bürokauffrau gemacht – außerbetrieblich. Das ist der Grund, warum sie keinen Job fand. „Ich hätte keinen Bezug zur Praxis, hieß es in den Absagen“, erklärt sie und hofft als Bildungsreferentin auf bessere Möglichkeiten.

Kinderwunsch – ein Thema für die jungen Frauen? Später vielleicht. Ines bringt es auf dem Punkt: „Ich möchte erst mein eigenes Leben in den Griff bekommen, bevor ich ein weiteres in die Welt setze.“

 Carmela Mudulu



Kunstkalender „Frauenbilder“, siehe S. 4



3,13 Millionen private Haushalte in Deutschland sind überschuldet, Tendenz steigend. Hauptgründe sind Arbeitslosigkeit und Trennung. Frauen geraten häufig in die Schuldenfalle, weil sie für ihre Männer eine Bürgschaft übernehmen.

Dem Transportunternehmen von Claudias Mann ging es schlecht. Beim Banktermin übernahm sie deshalb eine Bürgschaft über 90.000 Mark. „Heute weiß ich, dass ich dies nicht hätte tun sollen. Blind vor Liebe habe ich das Ding unterschrieben“, klagt Claudia in einem Internetforum. Mit der Trennung zwei Jahre später kam das böse Erwachen. Zwei Rechtsanwälte konnten sie nicht vor der Insolvenz bewahren. Hilfe brachte erst die Berliner „Initiative für bürgschaftsgeschädigte Frauen“.

Von 1999 bis 2002 stieg die Zahl der überschuldeten Privathaushalte um 13 Prozent auf 3,13 Millionen. Hauptauslöser sind Arbeitslosigkeit, Niedrigeinkommen, Trennung und gescheiterte Selbstständigkeit. Hauptgläubiger sind Kreditinstitute, gefolgt von Versandhäusern, Behörden und Versicherungen (siehe Tabelle).

Seit sieben Jahren arbeitet Wera Schwerin für die Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatungsstelle der Arbeiterwohlfahrt (AWO) in Rostock. Zu ihr kommen jene, die nicht mehr weiter wissen. 1.500 Beratungen waren es im Jahr 2004. Kein Wunder bei 24 Prozent Arbeitslosigkeit. „Bei vielen ist vieles gleichzeitig weggebrochen. Keine Arbeit, Trennung, laufende Kredite. Die Fixkosten zu bezahlen, mag noch gehen. Schwierig wird es, wenn zusätzliche Kosten entstehen, etwa weil

die Waschmaschine kaputt ist“, berichtet Schwerin. Problematisch sind im Osten auch die Mietschulden. „Vor der Wende waren die Mieten mit 50 bis 100 Ostmark sehr günstig“, erklärt Dr. Dieter Korczak vom Institut für Grundlagen- und Programmforschung München und Gutachter für den Armuts- und Reichtumsbericht. Mit ausstehenden Mieten seien die Wohnungsbaugesellschaften eher lasch umgegangen. Pünktlich Miete zu zahlen, sei als nicht so wichtig erachtet worden. „Die Zahlungsmoral musste sich erst entwickeln“, sagt Korczak.

Viele Frauen verschulden sich für andere. „Frauen investieren viel Geld in ihre Beziehungen“, weiß Wera Schwerin. „Viele Verträge laufen auf die Frau: Handy, Möbelkauf, Autokredite.“ Korczak bestätigt das: „Frauen werden häufiger von Männern in die Überschuldung hineingezogen.“ 80 Prozent der von der Initiative für bürgschaftsgeschädigte Frauen beratenen Frauen gaben an, dass sie unzureichend über die Bedingungen und Folgen der Bürgschaft aufgeklärt wurden.

Seit es die Verbraucherinsolvenz gibt, beobachtet Wera Schwerin, dass ihre Klientinnen und Klienten leichtsinniger werden: Lagen früher zwischen Kreditaufnahme und Insolvenz im Schnitt 120 Monate, so sind es heute nur noch zwölf Monate. „Um dauerhaft schuldenfrei zu bleiben, müssen die Klienten sehr an sich arbeiten“, weiß die Schuldnerberaterin. „Wer weiterhin keine Arbeit findet oder höchstens im Niedriglohnssektor, bei dem sind die Engpässe schon programmiert.“

 Andrea Gerdau

VIEL GELD FÜR DIE LIEBE

SCHULDEN FÜR ANDERE – EIN FRAUEN-PHÄNOMEN

BEI WEM PRIVATLEUTE SCHULDEN HABEN

	WEST	OST
Kreditinstitute	71%	68%
Versandhäuser	42%	41%
Behörden	40%	47%
Versicherungen	30%	25%
Telefongesellschaften	24%	32%
Vermieter	18%	32%

Quelle: Armuts- und Reichtumsbericht 2005, S. 52

AUSLÖSER VON ÜBERSCHULDUNG

	WEST	OST
Arbeitslosigkeit	23%	46%
Niedrigeinkommen	8%	29%
Überhöhter Konsum	21%	27%
Trennung/Scheidung	23%	19%
gescheiterte Selbstständigkeit	20%	16%
Krankheit/Unfall/Tod	13%	6%
Sonstiges*	17%	7%

* Bildungsdefizit/Unerfahrenheit, Sucht, gescheiterte Immobilienfinanzierung, Bürgschaftsverpflichtung, Haushaltsgründung/Geburt

Quelle: Armuts- und Reichtumsbericht 2005, S. 52



REICHTUM IST MÄNNERSACHE

JE HÖHER DAS EINKOMMEN, DESTO GRÖßER DAS GEFÄLLE

VON DIERK HIRSCHHEL

Reichtum in Deutschland hat ein Geschlecht – das männliche, sagt Dierk Hirschel, der „Chefökonom“ des DGB. Es wirken die gleichen geschlechtshierarchischen Mechanismen, wie bei Otto Normalverbraucher und Lieschen Müller auch – vielleicht sogar noch stärker.

Der typische Reiche in Deutschland lässt sich so beschreiben: Männlich, lebt mit seiner Ehefrau zusammen, hat ein bis zwei Kinder, einen Hochschulabschluss, wohnt in Süddeutschland und arbeitet in einem Konzern, vorzugsweise einem Produktionsunternehmen, einer Bank oder Versicherung. Ziemlich wahrscheinlich besitzt dieser Mensch einen einflussreichen Vater, der ebenfalls studiert hat. Wohlgemerkt geht es dabei nur um Einkommensreiche. Vermögensreichtum ist ein anderes Thema.

Als einkommensreich gilt jemand, der mehr als 200 Prozent des durchschnittlichen Arbeitseinkommens verdient. Ende der 90er Jahre lag die Reichtumsgrenze bei monatlich etwa 5.000 Euro. Frauen sind mit einem Anteil von sieben Prozent in diesen Einkommensregionen deutlich unterrepräsentiert, während sie gut ein Drittel der nicht reichen vollzeitbeschäftigten Erwerbsbevölkerung stellen.

Eine Frau, die sich selbstständig macht, kann eher mit hohem Einkommen rechnen als eine weibliche abhängig Beschäftigte. Etwa jeder siebte reiche Selbstständige ist weiblich, aber nur etwa jeder zwanzigste reiche Lohnabhängige. In niedrigeren Einkommensregionen nähern sich die Frauenanteile an: Frauen stellen 30 Prozent der Selbstständigen und 35 Prozent der Lohn-

abhängigen mit weniger als 5.000 Euro im Monat. Reiche Frauen arbeiten überwiegend in der Dienstleistungsbranche und im Banken- und Versicherungsgewerbe.

Im Schnitt haben Frauen ein um ein Viertel geringeres Arbeitseinkommen als Männer, auch wenn nur Vollerwerbstätige verglichen werden und der Teilzeit-Effekt nicht greift. Große Unterschiede gibt es zwischen Ost- und Westdeutschland. Ostdeutsche Frauen erreichen mit 96 Prozent nahezu das Niveau der Männer. Westdeutsche Frauen kommen lediglich auf 74 Prozent. Bei Selbstständigen ist das geschlechtsspezifische Einkommensgefälle etwas ausgeprägter als bei abhängig Beschäftigten. Selbstständige Frauen erreichen 74 Prozent des männlichen Niveaus, lohnabhängige Frauen kommen um zwei Prozent näher an Männer heran.

Der Ursprung der Einkommensunterschiede ist bekannt: Historisch bedingte geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, patriarchalische Traditionslinien moderner Industriegesellschaften. Konkrete Ursachen sind geburts- und erziehungsbedingte Fehlzeiten, Konzentration auf Berufe mit geringerem Entgeltniveau im sozialen und kulturellen Bereich und Teilzeit.

Geringere Dauer der Erwerbstätigkeit, weniger Berufserfahrung und kürzere Arbeitszeiten sind jedoch nur ein Teil der Wahrheit. So lassen sich lediglich 31 Prozent des Einkommensunterschiedes zwischen Männern und Frauen durch Unterschiede in der Ausbildungsdauer und Berufserfahrung erklären. Der Rest ist rein geschlechtsspezifische Einkommensdiskriminierung.

REICH SIND EHER DIE MÄNNER

	MÄNNER	FRAUEN
Nicht reich	65%	35%
Reich	93%	7%

Quelle: SOEP, Welle P (1999), gewichtet, Berechnungen Hirschel

LITERATURTIPP

DIERK HIRSCHHEL HAT AM ARMUTS- UND REICHTUMSBERICHT 2005 MITGEARBEITET UND ÜBER EINKOMMENSREICHTUM GEFORSCHT. SEINER STUDIE LAGEN DATEN AUS DEN 80ER UND 90ER JAHREN ZUGRUNDE. VERÖFFENTLICHT SIND DIE ERGEBNISSE IN:

HIRSCHHEL, DIERK: EINKOMMENSREICHTUM UND SEINE URSACHEN. DIE BESTIMMUNGSFAKTOREN HOHER ARBEITSEINKOMMEN. METROPOLIS-VERLAG, MARBURG 2004, 44,80 EURO.



Stefan Ehlert: Wangari Maathai – Mutter der Bäume. Die erste afrikanische Friedensnobelpreisträgerin. Herder Verlag, Freiburg 2004, 9,20 Euro.

Für Menschen in Kenia ist Wangari Maathai einfach nur „Mama Miti“, die Mutter der Bäume. Mehr als 30 Millionen Bäume hat sie gepflanzt, seitdem sie 1977 das Green Belt Movement (Grün-Gürtel-Bewegung) gegründet hat. Doch ihr Engagement reicht weit über den Umweltschutz hinaus. Es ist ein Beitrag zur Friedenssicherung, Engagement für Gleichberechtigung und bessere Lebensverhältnisse.

Stefan Ehlert hat den Lebensweg dieser außergewöhnlichen Frau dokumentiert: Die Verleihung des Friedensnobelpreises im Jahr 2004 an die erste Frau Afrikas ist die Krönung ihres Lebenswerkes: Von der Dorfschülerin zur Biologie-Studentin in den USA und Deutschland, als erste Frau Ost- und Zentralafrikas promoviert, schließlich der Professorentitel. Sie bringt zwei Kinder zur Welt, wird aber kein Heimchen am Herd. Ihre Ehe zerbricht.

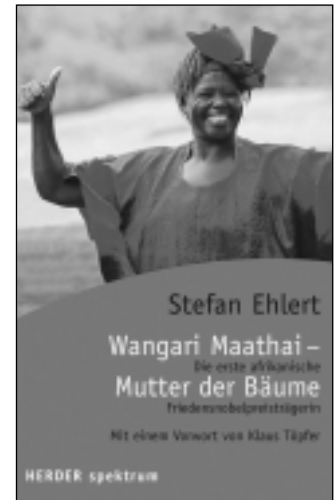
Wangari Maathai ist eine Friedenskämpferin mit einem Mut, der sie in Lebensgefahr brachte. Für ihre Überzeugungen saß sie im Gefängnis. Bis zu ihrer heutigen Popularität war es ein weiter Weg. Die Aktivistin legte sich offen mit dem korrupten Regime des einstigen Präsidenten Daniel arap Moi an. Seit 2003 ist sie Vizeministerin für Umweltschutz und nicht wenige sehen in ihr sogar die erste Präsidentin ihres Landes. Eines ist gewiss: „Ich werde nicht in den Ruhestand gehen“, sagt Wangari Maathai.

Landtag Nordrhein-Westfalen (Hg.): Zukunft einer frauengerechten Gesundheitsversorgung in NRW. Bericht der Enquetekommission des Landtags Nordrhein-Westfalen. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2004, 39,90 Euro

Frauen gehen öfter zum Arzt, sie bekommen mehr Medikamente verschrieben als Männer. Doch die komplexen Abläufe in einem Frauenkörper sind weitgehend unerforscht. Dass Medikamente bei Frauen anders wirken, beeindruckt die Gesundheits-Industrie bislang wenig: Neue Wirkstoffe werden überwiegend an Männern getestet. Geschlechtsspezifische Studien sind teuer. Außerdem könnten die Frauen während der Testreihen ja schwanger werden. Es gibt in Deutschland kaum geschlechtsdifferenzierte Daten für die Gesundheitsversorgung. Zu diesem Ergebnis kommt die Enquetekommission des Landtags Nordrhein-Westfalen.

In ihrer Bestandsaufnahme werden einige folgenschwere Defizite konstatiert: Noch immer werden Herzinfarkte von Frauen nicht rechtzeitig erkannt, weil sie andere Symptome haben als Männer. Das umfangreiche Werk gibt auch Handlungsempfehlungen, etwa zur Aus-, Weiter- und Fortbildung des medizinischen Personals.

Einige Krankheitsbilder werden ausführlich diskutiert. Hier finden tabuisierte Themen ihren Platz, wie der Kinderwunsch von geistig behinderten Frauen. Zu den untersuchten Arbeitsfeldern zählen auch die Arbeitsbelastungen der typischen Frauenberufe. Fazit: Frauen brauchen eine andere Gesundheitsvorsorge.



DAS ALLERLETZTE**Heile Welt**

Kurze Zeit wankten in Kiel die Säulen des christlichen Abendlandes. Ein Matri-Triumvirat – Heide, Anne und Anke – hatte die Macht an sich gerissen. Das konnte..., nein, das DURFTE nicht gut gehen. Doch ganz Rotgrünen schien von den Walküren verhext. Ganz Rotgrünen? Nein, ein unbeugsamer Krieger hörte nicht auf, der roten Heide Widerstand zu leisten. Einer kämpfte gegen die halbe Welt – und siegte! Heide ging in der vierten Runde in die Knie.

EineR? Warum nehmen eigentlich alle an, der Waterkant-Guerilla sei ein Mann? Sind doch eher die Frauen auf den Vorwurf intriganten Verhaltens abonniert, während Männer den „Kampf mit offenem Visier“ beschwören. Stilles Wirken im Hintergrund, Verzicht auf öffentlichen Ruhm, Bescheidenheit – auch nicht gerade die Stärke der Männerwelt.

Und dennoch, der große Unbekannte MUSS ein Mann sein! Warum? Darum:

Am Verhandlungstisch sitzen jetzt sechs Männer, Peter-Harry, Johann und Rainer von der CDU, Claus, Uwe und Lothar von der SPD. Alle sind sicher: Im Gespräch unter Männern, da werde man sich schon einigen. Und die Frauen befinden sich nun wieder da, wo sie hingehören – im Hintergrund.

In Kiel ist die Welt wieder in Ordnung!

Dorothee Beck

ABONNEMENT-BESTELLUNG

HIERMIT BESTELLE ICH EIN ABONNEMENT DES INFO-BRIEFES „FRAU GEHT VOR“ ZUM PREIS VON 13 EURO. DER INFO-BRIEF ERSCHEINT ZWEIMONATLICH.

NAME _____

FUNKTION/
ORGANISATION _____

POSTFACH/
STRASSE _____

PLZ/ORT _____

TOENNES
DRUCK + MEDIEN GMBH
POSTFACH 3262
40692 ERKRATH

IMPRESSUM**HERAUSGEBERIN**

URSULA ENGELN-KEFER
DGB BUNDESVORSTAND
V.I.S.D.P.: ANNE JENTER
ABTEILUNG GLEICHSTELLUNGS-
UND FRAUENPOLITIK
HENRIETTE-HERZ-PLATZ 2
10178 BERLIN
FAX 030-24060-761

REDAKTION

MEDIENBÜRO
DOROTHEE BECK · FRANKFURT

GRAFIK

NORA GUMMERT-HAUSER
DÜSSELDORF

DRUCK

TOENNES DRUCK UND MEDIEN GMBH
ERKRATH